Ä1 zu A1: Klimaschutz kennt keine Grenzen

Antragsteller*innen Stefan Memmel (KV Schweinfurt)

Von Zeile 117 bis 122:

~~**Wir wollen Ökologische Transformation sozial gestalten, auch beim CO2-Preis**. Wir schaffen mehr Gerechtigkeit durch konsequenten Klimaschutz: Deshalb werden wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO2-Bepreisung direkt an die Verbraucher*innen zurückgeben und sie nicht im allgemeinen Steuertopf verschwinden lassen.~~

Klimapolitik ist Sozialpolitik!
Die direkten Auswirkungen des Klimawandels belasten einzelne Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark.
So werden in der Arbeitswelt Berufe, die mit besonders hohen körperlichen Anstrengungen verbunden sind (etwa im Baugewerbe, der Landwirtschaft oder in der Logistik), durch den allgemeinen Temperaturanstieg noch belastender werden.
Auch ältere und chronisch kranke Menschen leiden besonders, wenn die Anzahl der heißen Tage ansteigt. So wird der Klimawandel auch in Europa die Menschen am härtesten treffen, die jetzt schon häufig Benachteiligungen ausgesetzt sind.
Deshalb ist Klimaschutz, bzw. die Anpassung an die heute schon unvermeidbaren Folgen des Klimawandels, auch eine sozialpolitische Notwendigkeit!
Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO?-Besteuerung an die Verbraucher*innen
zurückgeben. Damit werden wir dafür sorgen, dass die dringend gebotene (höhere) Bepreisung von CO_2 sozial schwächere Haushalte entlastet, da sie im Vergleich mit reicheren Haushalten weitaus weniger CO_2 Emissionen verursachen.

Unser Ziel ist die Schaffung eines **Energiegeldes** als Pro-Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar

Begründung
Stärkere Betonung der sozialen Dimension der Klimakatastrophe. Ich denke, im Allgemeinen selbsterklärend